

Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15. Dezember 2021

Betreff: Unmissverständliche Distanzierung von kommunistischen Regimen und Diktatoren
Dringlicher Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am **09. Oktober 2021** eröffnete die Kleine Zeitung ein weiteres Kapitel des alten Buches „*KPÖ Politiker und ihre besorgniserregende Nähe zu kommunistischen Diktatoren und deren Menschenrechtsverletzungen*“. Anlassfall für die Berichterstattung in der Kleinen Zeitung war ein Interview, welches Elke Kahr der kroatischen Tageszeitung „**Jutarnji list**“ („Morgenblatt“) gegeben hatte. Darin wird Bürgermeisterin Kahr wie folgt zitiert: *„Tito ist mein Vorbild“* (**Josip Broz Tito**, Diktator von Jugoslawien zwischen 1945 und 1980).

Zudem wird Bürgermeisterin Kahr in diesem Interview eine „nostalgische Verehrung“ und Affinität zu den Partisanen attestiert. Im Büro und bei Veranstaltungen grüßen sich die Grazer Genossen einander als „Kameraden“ und mit geballter, hochgerekter Faust. Und es wird noch **pathetischer** – denn gefragt nach dem Grund für all diese Verehrungen eines Diktators antwortet Bürgermeisterin Kahr: *„Weil ich Tito sehr geliebt habe.“*

Dass unter Titos Herrschaft zehntausende Staatsfeinde von der jugoslawischen Geheimpolizei eingesperrt, gefoltert und getötet wurden, tut dieser Liebe scheinbar keinen Abbruch, und rechtfertigt Bürgermeisterin Kahr diese Massenmorde und Menschenrechtsverletzungen mit den Worten: *„Er hat nicht alles im Griff gehabt“*. Euphemistisch werden die unzähligen Gräueltaten von Kahr zu „Entwicklungen, die nicht erfreulich sind“, reduziert. Bekräftigt wird von Kahr auch: *„Es war nicht alles in Ordnung, aber es war kein Unrechtsstaat.“*

Vorangegangene Zitate zeigen deutlich, welche **demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ansichten** sich hinter dem freundlichen Gesicht der KPÖ-Parteichefin und Bürgermeisterin Elke Kahr verbergen. Werden diese demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ansichten dann ans Licht gezerrt, gibt es von ihr und ihren Kollegen – siehe die Causa rund um den **weißrussischen Regimeaktivisten Werner Murgg!** – zarte Dementi und sanfte Distanzierungen, doch bleibt der Eindruck bestehen, dass die KPÖ bei den unzähligen Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, gerne ein Auge zudrückt und auch die rund 100 Millionen Toten weltweit, die dieser grausamen Ideologie zum Opfer fielen, gerne vergisst.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Alle Gemeinderatsfraktionen distanzieren sich **unmissverständlich** von den vielfachen, im Namen des Kommunismus begangenen **Gräueltaten, Massenmorden und Menschenrechtsverletzungen**.
- Wohlwollende Äußerungen über diverse kommunistische Regime und Diktatoren werden durch die Gemeinderatsfraktionen aufs Schärfste verurteilt und haben in der Menschenrechtsstadt Graz keinen Platz. Im Besonderen werden nachstehende namentlich genannte Diktatoren und die von ihnen etablierten politischen Systeme als Unrechtsregime bezeichnet:
 - **Erich Honecker** sowie sämtliche weitere Vertreter der DDR
 - **Ernesto „Che“ Guevara, Fidel Castro** sowie sämtliche weitere Vertreter des **kubanischen Regimes**
 - **Hugo Chávez, und dessen Nachfolger Nicolás Maduro** sowie sämtliche weitere Vertreter des **venezolanischen Regimes**
 - **Josip Broz Tito** und sämtliche weitere Vertreter des **kommunistischen Jugoslawien**
 - **Josef Stalin, Wladimir Lenin** und sämtliche weitere Protagonisten und **Chefideologen der Sowjetunion**
 - **Kim Il-sung** und sämtliche weitere Vertretern dessen **Regime**
 - **Mao Zedong** sowie sämtliche weitere Vertreter seines **kommunistischen Regimes**
 - **Nicolae Ceausescu** und sämtliche weitere Vertreter dessen **Regime**
- Des Weiteren distanzieren sich die Gemeinderatsfraktionen von sämtlichen im Namen der kommunistischen Ideologie begangenen Gräueltaten und Terrorakten, insbesondere von jenen verübt durch die **Rote-Armee-Fraktion (RAF)**, und verurteilen die **Ausübung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ideologien** aufs Schärfste.